



Dagmar
Enkelmann



Diana Golze



Kirsten
Tackmann



Lothar Bisky



Wolfgang
Neskovic

SPD muss politische Scheuklappen ablegen!

von Kirsten Tackmann

Da wundern sich PolitikerInnen von SPD und CDU, warum die Beteiligung bei Wahlen immer weiter zurückgeht. Dass sie mit ihrem politischen Verhalten, gegen Mehrheiten in der Bevölkerung zu entscheiden, dafür die Grundlage legen, verdrängen sie erfolgreich. So auch in der Frage um einen gesetzlichen Mindestlohn. Das fordern Linkspartei.PDS, WASG und Gewerkschaften seit Jahren, den unlauteren Wettbewerb um niedrigste Löhne durch einen gesetzlichen Mindestlohn zu stoppen, der sich an vergleichbaren europäischen Lösungen orientiert. Die Untergrenze soll bei wenigstens 7,50 Euro liegen, die LINKE. sagt 8 Euro, wohl wissend, dass auch von diesem Stundenlohn keine großen Sprünge möglich sind. Unter dem Eindruck massenhaften Mitgliederverlusts startete nun die SPD in diesem Frühjahr eine Unterschriftenaktion zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Zur Unterstützung wurde er von der Bundestagsfraktion DIE LINKE. sofort unterschrieben, später auch durch die Landtagsfraktionen der Linkspartei.PDS. Wer aber nun gedacht hat, dass dies das politische Handeln der SPD auch beeinflussen würde, irrt gewaltig. Im Brandenburger Landtag schmetterte sie einen Antrag der Linkspartei.PDS mit dem Wortlaut der Unterschriftenaktion als „heuchlerisch“ und „populistisch“ ab, nur um den Koalitionsfrieden mit der Union zu retten. Im Deutschen Bundestag fielen die verbalen Attacken der `Genossen` gegen eine ähnliche Initiative der LINKE.n nicht wesentlich anders aus. Nur hat die SPD hier den Antrag zum Schmoren in den Ausschuss für Arbeit und Soziales verwiesen. Die Interessen der Betroffenen spielten für sie keine Rolle. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die SPD hier auf Zeit spielt, um das Thema politisch geschickt in den Bundestagswahlkampf 2009 zu lotsen, um dann wieder als die alleinseligmachende politische Kraft aufzukreuzen. Dabei gibt es bereits jetzt eine politische Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestlohn im Deutschen Ich fordere die SPD auf, dieses durchsichtige Winkelspiel endlich zu beenden und den Mehrheitswillen innerhalb der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen. Die Interessen der Menschen in diesem Land müssen in den Mittelpunkt politischen Handelns genommen werden. Politische Scheuklappen sind unangebracht.

Antrag der LINKEN: „Deutschland braucht Mindestlöhne“ Drs. 16/4845

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7780936660_1604845.pdf



Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weiterer Beitrag der Woche

RAF-Geschichte holt die deutsche Justiz ein von Wolfgang Neskovic

Die Ereignisse der vergangenen Tage zeigen: Die strafrechtliche Aufarbeitung der Taten der RAF ist keinesfalls abgeschlossen. Zentrale Verbrechen der RAF-Geschichte harren vielmehr in wesentlichen Teilen noch einer Aufklärung.

Am Anfang stand die Meldung, Bundesamt für Verfassungsschutz und BKA hätten bereits Anfang der achtziger Jahre ernst zu nehmende Hinweise auf die tatsächlichen Tatabläufe um die Ermordung des damaligen Generalbundesanwalts Buback, seines Fahrers und eines begleitenden Polizeibeamten erhalten, diese aber nicht an die für die Strafverfolgung zuständigen Strafermittlungsbehörden weiter geleitet. Der Skandal wäre verhältnismäßig gering gewesen. Denn damals hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz mangels gesetzlicher Grundlage weder die Pflicht noch das Recht, belastende Informationen zu Straftaten an die Justiz weiter zu leiten.

Jedoch verhält es sich anders, wenn es sich um entlastende Informationen handelt. Entlastende Informationen müssen immer weitergegeben werden, um zu verhindern, dass u. U. ein Unschuldiger als schuldig verurteilt wird.

Konkret bedeutet das im Falles Folkerts, das hier zu prüfen gewesen wäre, ob auf ein Wiederaufnahmeverfahren hätte hingewirkt werden müssen. Nach den aktuellen Veröffentlichungen scheint es so zu sein, dass die den verurteilten Täter Knut Folkert möglicherweise entlastenden Informationen sehr wohl bis zum Generalbundesanwalt gelangt sind. Dies wirft die Frage

auf: Warum sind sie damals nicht in die strafrechtliche Aufklärung des Mordanschlages eingeflossen? Und weiter: Wie kann es sein, dass die amtierende Generalbundesanwältin Harms erst jetzt neue Ermittlungen einleitet, obwohl ihre Behörde seit ca. 25 Jahren auf den dafür nötigen Informationen "sitzt" und was konkret mit der Erklärung gemeint sei, die erlangten Informationen seien nicht gerichtsverwertbar?

Über Motive und Versäumnisse zu spekulieren, verbietet sich im gegenwärtigen Stadium. Eine lückenlose Sachaufklärung ist im Interesse des tatsächlichen Funktionierens des Rechtsstaates unbedingt geboten! Sollte sich in der nächsten Zeit zeigen, dass die dafür in Frage kommenden Bundestagsgremien einen Beitrag dazu leisten können, wird sich DIE LINKE. nachhaltig für ihre aktive Mitwirkung an der Aufklärung einsetzen.



Bild download von:

<http://www.linkeliste.de/lira/zeitung/zeitung1/raf.gif>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppe aus der Sitzungswoche

Lothar Bisky:

Solidarisch mit streikenden Telekommitarbeitern in Frankfurt (Oder)

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1293050699>

Verbote helfen nicht

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1231425686>

Bundesregierung toleriert Kinderdiskriminierung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1225954831>

Diana Golze:

Ausbau des Ehegattensplittings verschärft Kinderarmut

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1259285018>

Schutz statt Sanktionen für junge Erwerbslose

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1219974399>

Ankündigungsministerin kneift, wenn es ernst wird

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1209694150>

Krippenfinanzierungskonzept verdient diesen Namen nicht

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1295962870>

Kirsten Tackmann:

Agrarsubventionen: Offenheit schafft Vertrauen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1271861941>

Jeder Tag muss Girls´ Day sein

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1274963531>

Tierseuchen: Frühzeitig die Löffel aufstellen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1297967445>

DIE LINKE. solidarisch mit kurdischen Frauen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1225276116>

Bei Agro-Gentechnik sind Koexistenz und Wahlfreiheit nicht mehr als scheinheilige Versprechen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1212579163>

Redebeiträge dieser Sitzungswoche

Kirsten Tackmann:

Zulassung von Getreide als Regelbrennstoff sorgfältig prüfen

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1315125452>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Anträge in der Sitzungswoche:

DIE LINKE. beantragte am Mittwoch (25.04.07) eine **Aktuelle Stunde:**
„Haltung der Bundesregierung zu den Absichten des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, die Unschuldsvermutung beim so genannten Kampf gegen den Terrorismus aufzuheben“

Audiodatei von Oskar Lafontaine: <http://medien.linksfraktion.net/audio/7789907793.mp3>

Anträge DIE LINKE.:

- „Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz“
Drs. 16/5129
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7799492068_1605129.pdf
- „Trendwende beim Klimaschutz im Verkehr – Nachhaltige Mobilität für alle ermöglichen“ Drs. 16/4416
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734467535_1604416.pdf
- „Klares Signal für die Kyoto-II-Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi setzen“ Drs. 16/3026
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7779431540_1603026.pdf
- „Trendwende beim Klimaschutz im Verkehr – Nachhaltige Mobilität für alle ermöglichen“ Drs. 16/4416
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734467535_1604416.pdf
- „Für Humanität und Menschenrechte statt wirtschaftlicher Nützlichkeit als Grundprinzipien der Migrationspolitik“ Drs. 16/5108
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7730710286_1605108.pdf
- „Für einen umfassenden Schutz religiös Verfolgter in der Bundesrepublik Deutschland“ Drs. 16/4487
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794470892_1604487.pdf
- „Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge beim Zugang zum Arbeitsmarkt gleichstellen“ Drs. 16/4907
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776738298_1604907.pdf
- „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für eine grundlegende Wende der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik nutzen“ Drs. 16/5109
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7779948783_1605109.pdf

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

- „Die Welt zu Gast bei Freunden – Für eine offenere Migrations- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und in der Europäischen Union“

Drs. 16/1199

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7778226661_1601199.pdf

- „Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für Produkte und Dienstleistungen für Kinder auf 7 %“ Drs. 16/4485

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707300804_1604485.pdf

- „Einsetzung eines Ethik-Komitees des deutschen Bundestages“ Drs. 16/3277

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754430505_1603277.pdf

- „Privatisierungsfolgen seriös bilanzieren – Privatisierungen aussetzen“ Drs. 16/3914

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7700814808_1603914.pdf

- **Gesetzentwurf:** Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz-Änderungsgesetz Drs. 16/4658

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7770283198_1604658.pdf

- „Neue Chancen für einen Friedensdialog im Nahen Osten aufgreifen“

Drs. 16/5112

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727835115_1605112.pdf

- „Rechte für Journalistinnen und Journalisten sichern und ausbauen“ Drs. 16/3911

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725604692_1603911.pdf

- „Für solidarische Assoziierungsabkommen der EU mit den zentralamerikanischen Staaten und den Staaten der Andengemeinschaft“

Drs. 16/5045

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746225585_1605045.pdf

- „Elternbeitragsfreie Kinderbetreuung ausbauen“ Drs. 16/453

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7715742045_1600453.pdf

Terminhinweis:

Konferenz: Wie »grün« muss DIE LINKE. sein? am 12.05.2007 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Konferenzraum Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin

www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1482268587

<http://>

Hinweis:

Dies stellt nur einen kleinen Überblick der aktuellen Sitzungswoche dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Anträge und Debatten der Sitzungswochen finden Sie unter:

<http://www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1413177764>